

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin September/Oktober 2018 04/2018

Kein neuer Landrat für OPR

LINKE engagiert sich weiter für eine neue Politik

Am 6. September kam der Kreistag unseres Landkreises zusammen, um den Landrat zu wählen. Was eigentlich zur demokratischen Normalität in Brandenburg gehört, dass beim Scheitern der Direktwahl der Kreistag nach der Ausschreibungszeit über einen der Bewerber zu entscheiden hat, hatte in Ostprignitz-Ruppin für gehörige Aufregung gesorgt. Nachdem weder Ralf Rheinhardt noch Sven Deter die erforderliche Mehrheit in einem der beiden Wahlgänge erhalten hatten, war klar, der Kreistag muss ran. Schaut man sich die dortigen Mehrheitsverhältnisse an, wurde einem bewusst, dass es für eine Mehrheit mindestens dreier Fraktionen bedürfe. Auch uns als LINKE war dies bewusst, und wir signalisierten sowohl SPD als auch CDU die Bereitschaft, über Inhalte reden zu wollen.

Als erstes kam es zu Gesprächen mit der SPD in den Räumlichkeiten unserer Geschäftsstelle in Neuruppin. Aber es stellte sich schnell heraus, dass es der SPD zwar darum ging, sich eine Mehrheit für ihren Kandidaten zu sichern, sie aber nicht bereit war, diese auch mit einem bindenden Vertrag, der auch die Umsetzung von Inhalten sichern sollte, zu unterzeichnen. Deshalb, und weil vielen Genossen der Fraktion die »Zusammenarbeit« der letzten acht Jahre noch immer schwer

im Magen lag, gingen wir weiterhin mit dem Ziel, einen Politikwechsel in OPR herbeizuführen, in die Gesprächsrunde mit der CDU.

Die Atmosphäre hier war, auch wenn es die sich treffenden politischen Parteien nicht vermuten liesen, von Anfang an sehr viel offener. Die Verhandlungsgruppe der Christdemokraten war im Gegensatz zur SPD bereit, gemeinsam ein Kooperationspapier und einen Sofortpunkteplan für OPR zu erarbeiten und diesen auch mit ihren Unterschriften für bindend zu erklären. So hatten zwar auch die Sozialdemokraten in Gesprächen erklärt, zum Beispiel eine Gesundheitskarte für Geflüchtete zu wollen, waren aber zu keinem Zeitpunkt bereit gewesen, das auch mit der Unterschrift der Fraktion sowie des Landrates zu beweisen. Aufgrund all dieser Tatsachen entschieden sich Kreisvorstand und Fraktion der LINKEN einstimmig, der Kooperation mit der CDU sowie Teilen der Bunten-Fraktion ihr Einverständnis zu geben. Wir konnten in dem Papier eine starke linke Handschrift erkennen und waren uns sicher, mit der Umsetzung der Vereinbarung vieles für die Bürgerinnen und Bürger erreichen zu können.

So kam es am 20. August zu dem später so umstrittenen Pressegespräch im Neuruppiner Steakhouse. Hier unterschrieben die Parteispitzen der drei Kooperationsparteien den Vertrag und stellten sich den Fragen der Presse. Es verlief also alles nach der gegebenen Gesetzeslage der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Leider sollte sich in den übrigen Tagen bis zur Landratswahl zeigen, dass dies nicht so bleiben sollte. Dass eine Zusammenarbeit mit der CDU auch über unseren Landkreis hinaus für Aufsehen sorgen würde, war uns durchaus bewusst. Was uns aber nicht bewusst war, war die Art und Weise, wie manche Menschen mit ihrer Kritik an die Öffentlichkeit treten würden.



Die Kyritzer Bürgermeisterkandidatin Kathrin Boleslawsky (parteilos, für DIE LINKE) tritt als eine von drei Kandidatinnen zur Wahl an. (mehr auf Seite 3) Foto: DIE LINKE

Da wurde auf der einen Seite der LINKEN ihr Demokratieverständnis abgesprochen und gleichzeitig immer wieder Druck auf ihre Abgeordneten ausgeübt, bloß denjenigen zu wählen, den diese Leute für richtig hielten. Stellte man klar, warum man sich für den Schritt der Zusammenarbeit mit der CDU und Teilen der Bunten-Fraktion entschieden hatte, wurde man angegriffen. Dann kamen am 6. September die Abgeordneten zum Sonderkreistag in Neuruppin zusammen, um zu entscheiden, wer nun Landrat werden sollte. Die vorher geführte Debatte wurde auch hier noch einmal sehr emotional heraufbeschwört. Berechtigte Kritik mischte sich mit unlauteren Vorwürfen, und in dem einen oder anderen Redebeitrag wehte noch immer ein Hauch von kaltem Krieg durch die Aula des Oberstufenzentrums, bei dem man das Gefühl nicht los wurde, dass es egal sei, wofür sich DIE LINKE entschieden hätte, schon allein wegen ihrer Geschichte wäre es die falsche Entscheidung gewesen.

Fortsetzung auf Seite 5

Veranstaltungshinweis:

Kreisparteitag
am 24. November

ab 9.00 Uhr im
Sportcenter und Sporthotel
(Kaatzsch)

Trenkmannstraße 14
16816 Neuruppin

Aktivenkonferenz

Zum zweiten Mal trafen sich am 8. September 2018 Aktive unseres Kreisverbandes zu einer Konferenz in Neuruppin. Hauptsächlich sollte es auf der Versammlung um die Erarbeitung von Schwerpunkten für das Kommunalwahlprogramm 2019 gehen. Aber es wurde auch Zeit gefunden, z.B. über die gescheiterte Landratswahl und die Konsequenzen daraus zu sprechen. Hier berichteten unsere beiden Fraktionsvorsitzenden Rita Büchner und Freke Over über die letzten Wochen und gaben einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben, die sich daraus entwickelt haben.

Nach einer Mittagspause begannen die anwesenden 25 Genossen damit, in sechs Gruppen jeweils fünf Forderungen für unser Kommunalwahlprogramm auszuarbeiten, die dann von einer Redaktionskommission zu einem Programm zusammengestellt werden sollen. Dabei ging es vorrangig um folgende Themen:

- Lernen, Kultur und Sport,
- Wohnen und kommunale Fürsorge,
- Tourismus und Wirtschaft,
- Transparente Verwaltung,

Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

Schluss mit den Experimenten

Rot-rot bewegt etwas, denn die Brandenburgische Landesregierung hat offensichtlich erkannt, dass Schulen kein Experimentierfeld mehr sein dürfen. Bildungsministerin Britta Ernst hat jetzt neue Regelungen erlassen, um die Lese- und Schreibkompetenzen der Kinder zu verbessern. Das Hick-Hack an den Grundschulen muss ein Ende haben, damit alle Grundschulkinder die erforderlichen Mindeststandards erfüllen können. Deshalb hat die Ministerin verbindliche Regelungen erlassen.

Grundsätzlich werden Lesen und Schreiben wieder nach der Fibel-Methode gelehrt. Die bisher von einigen Schulen praktizierte Methode »Schreiben nach Gehör« ohne Korrektur gehört jetzt der Vergangenheit an, da sich gezeigt hat, dass diese Schüler bis zum Abitur massive Orthografie-Probleme haben und diese wahrscheinlich ein Leben lang beibehalten werden.

Auch hat das Ministerium festgelegt, dass in allen Lernfächern verbindliche Lernzeiten für die Sprachausbildung zu

- Soziale Daseinsvorsorge,
- Pflege und Gesundheit.

DIE LINKE hat damit einmal mehr bewiesen, dass sie ihren basisdemokratischen Ansatz ernst nimmt und nicht von oben nach unten entscheidet. Jede Genossin und jeder Genosse haben die Möglichkeit, sich bei der Erarbeitung unserer Forderungen einzubringen, denn nur gemeinsam können wir etwas für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises bewegen. Zum Schluss wäre auch noch wichtig zu erwähnen, dass sich auf der Konferenz eine Arbeitsgruppe »Politische Bildung« zusammengefunden hat, die sich in den nächsten Monaten regelmäßig treffen und Angebote für unsere Mitglieder erarbeiten möchte.

Paul Schmudlach

Bei uns können Sie Visionen haben und niemand schickt Sie zum Arzt. **DIE LINKE.**

verankern sind, deren Umsetzung von den Schulaufsichtsbehörden zu überwachen ist. Auch müssen die Fachlehrer bis zur 10. Klasse alle schriftlichen Arbeiten auf Rechtschreibung kontrollieren.

Und dann gibt es jetzt endlich eine Festlegung, dass Grundschüler bis zur Klassenstufe vier einen Wortschatz von 700 Wörtern beherrschen müssen. Deshalb wird in den Grundschulen bei allen schriftlichen Arbeiten der Schwerpunkt auf die Orthografie gelegt. In den Klassenstufen 7 bis 10 soll es jeweils schriftliche Tests zur Rechtschreibkompetenz geben. All diese Neuregelungen werden von einem Großteil der Eltern und Lehrer begrüßt.

Haben doch in den vergangenen Jahren seit der Gründung des Landes Brandenburg immer wieder Eltern, Lehrer und auch Wissenschaftler gefordert, dass das Grundschulsystem die guten DDR-Erfahrungen nutzen solle. Jetzt, wo wir eine Bildungsministerin haben, die aus einem anderen Bundesland kommt und auch über den »Tellerrand« blickt (Bayern, Hamburg), kommt endlich Bewegung in das Bildungssystem. Die Vielzahl der guten und engagierten Lehrer in Brandenburg hat jetzt Rechtssicherheit und weiß, wie sie handeln können, sollen und dürfen.

Kommentar

Streiten ja - aber sachlich bleiben

Als bekannt wurde, dass DIE LINKE, die CDU und Mitglieder freier Wähler sowie Bauern in Ostprignitz-Ruppin ein Bündnis in Vorbereitung der Landratswahlen geschlossen haben, gab es einen Aufschrei bei der SPD, den Grünen u.a.

Es wurde unterstellt, dass hier ein Bündnis schon in Vorbereitung auf die Landtagswahl im nächsten Jahr gebildet wurde. Aber nicht nur das. Was sich in den Pressemeinungen widerspiegelte, war teilweise schon »unter der Gürtellinie«.

Ein Höhepunkt war der Beitrag der »grauen Eminenz der SPD«, Ernst Bahr. Der ehemalige SPD-Bundestags- »hinterbänkler«, der offiziell keine Parteifunktion mehr bekleidet, versucht, die aktuelle Kreispolitik der SPD zu beeinflussen - und das gelingt ihm auch. Insider sprechen von der »grauen Eminenz der Kreis-SPD«.

Deshalb war es schon etwas verwunderlich, dass er sich selbst zu Wort meldete. Und was da zu lesen war - naja, unsachlicher geht es kaum noch. Da sieht Bahr (wahrscheinlich in seiner Glaskugel) einen Nachhall des Blocks um die SED. Er behauptet, die OPR-CDU sei »sich damit nicht zu schade, Erinnerungen an ihre Zeit als Blockpartei wachzurütteln«. »Vergeblich all die Bemühungen der vergangenen 28 Jahre, sich davon abzusetzen«, stellt Bahr laut Zeitungsbericht klar.

Mit diesen Aussagen stellt er sich selbst ins Abseits. Hat er denn nicht die Erfolgsgeschichte des »Brandenburger Wegs« miterlebt? Mit seiner Denk- und Verhaltensweise zeigt er, dass er noch lange nicht in der Gegenwart angekommen ist, er in der Zeit, als er mal Landrat war, stehen geblieben ist.

Wahrscheinlich hat er in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter auch nichts hinzugelernt, denn sonst würde er nicht fälschlicherweise behaupten, es gebe einen Wählerwillen zur Landratswahl. Wenn zwei Drittel der Wahlberechtigten nicht zur Landratswahl gegangen sind und somit das Quorum verfehlt wurde, ist es anmaßend und juristisch falsch, vom Wählerwillen zu sprechen. Da 2/3 nicht gewählt haben, wäre nämlich folgendes der Wählerwille - kein Kandidat ist geeignet!

Kathrin Boleslawsky - engagiert für Kyritz

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Kyritz und den Ortsteilen,

ich begrüße Sie recht herzlich und lade Sie ein, sich über meine Person und meine Vorstellungen der Arbeit als Bürgermeisterin der Stadt Kyritz und ihrer Ortsteile zu informieren.

Zu meiner Person

Ich bin 47 Jahre alt, seit 23 Jahren verheiratet und Mutter von drei Kindern. Geboren in Berlin, lebe und arbeite ich seit über 40 Jahren in Kyritz. ...

... Der Abschluss des Studiums im Jahr 1995 war Anlass für mich, wieder nach Kyritz zu ziehen und dort in einem kleinen Unternehmen als Betreuerin für kaufmännische Software zu arbeiten. ...

... Als meine Kinder im Kita-Alter waren, habe ich mich ehrenamtlich im »Gemeinnützigen Kinderförderverein Kita-Ost e.V.« engagiert und war für drei Jahre dessen Vorstandsvorsitzende.

In der Wahlperiode 2008 bis 2014 war ich als Mitglied von Bündnis90/Die Grünen in der Kyritzer Stadtverordnetenversammlung und im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Städtepartnerschaften tätig.

»Ich verfüge über viele Kontakte zu Betrieben, Einrichtungen und Vereinen, da sagte ich mir, ich will nicht nur meckern, sondern machen.«

Kathrin Boleslawsky

Im Jahr 2008 haben mein Mann und ich den Alten Speicher hinter der Raiffeisenbank in Kyritz gekauft, saniert und so vor dem endgültigen Verfall gerettet. Ein von mir im Jahr 2009 gegründetes Wellness- und Bewegungsstudio zog dort ein und bietet seitdem den Bürgern und Bürgerinnen der Kleeblattregion die Möglichkeit, sich vor Ort entspannt zu bewegen oder am Rehasport-Programm der Krankenkassen teilzunehmen. Mit Gründung dieses Unternehmens wurde ich 2009 Mitglied der »Aktionsgemeinschaft Kyritzer Gewerbe e.V.« (AKG), die ich von 2012 bis 2016 als stellvertretende Vorstandsvorsitzende mitbestimmte.

Seit 2012 bin ich Geschäftsführerin der »1. Kyritzer Bürger-Solar GbR«, die auf dem Dach des Mehrgenerationenhauses eine Solaranlage installiert hat und damit ein Zeichen für bürgerschaftliches Engagement in der Energiewende setzen wollte.

Ende 2015 war ich maßgeblich an der Gründung der Initiative »Kyritzer Bürger für Frieden« beteiligt und habe danach am daraus entstandenen »Runden Tisch für Flüchtlinge« mitgearbeitet.

Ich stehe für:

Bildung:

- * Erhalt aller Schulformen und der kostenfreien Schülerbeförderung,
- * kostenfreie Kita- und Hort-Betreuung mitgestalten,
- * Ausstattung der Erstklässler der Grundschule (100 €- Paket).

Wirtschaft

- * Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei der Gründung in Kyritz,
- * Verstärkung der Arbeit des Wirtschaftsförderers der Stadt,
- * Baukoordinierung beteiligter Ressorts im Vorfeld baulicher Aktivitäten.

Medizinische Versorgung

- * Erhalt/Förderung und aktive Werbung für Kyritz als Gesundheitsstandort,
- * altersgerechtes Wohnen fördern.

Umgebung/Kleeblattregion

- * Wiederbelebung der Zusammenarbeit der im Kleeblatt vereinigten Städte
- * Ortsteile bekommen ein Budget, das sie eigenverantwortlich verwalten können (250 € sind zu wenig)
- * Schaffung einer Vermarktungsmöglichkeit für regional erzeugte Produkte im Kyritzer Stadtzentrum

Sanierung Stadtzentrum

- * Weiterführung der Sanierungsarbeiten im Stadtzentrum und Schaffung von Tourismuszielen wie Denkmälern und Kunstobjekten in der Stadt,
- * Bahnhof als »Eingang zur Stadt von der Schiene aus« aufwerten.

Kultur

- * Erweiterung des kulturellen Angebots des Kultis für Alt und Jung,
- * Ausweitung des kulturellen Angebotes im Kulturhaus/Kloster/Stadtzentrum,
- * Freilichtbühne auf der Festwiese.

Soziales Wohnen/gesellschaftliches Leben

- * Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,
- * Reduzierung der Kosten für Strom und Wärme für Mieter der Kyritzer Wohnungsbaugesellschaft durch erneuerbare Energieformen,



Mechow hat einen schönen Spielplatz, und es gibt feste kulturelle Höhepunkte (Osterfeuer, Herbstfeuer, Kinderfest, Kino). Was fehlt, ist ein Gemeindezentrum, das wollen die Einwohner von Mechow schon lange. Auch die Busverbindung zu kulturellen Angeboten in der Stadt Kyritz ist optimierungsfähig (z.B. zur Kneipennacht, zum Lichterfest oder zur Seniorenwoche). Foto: Justin König

- * Einrichten von Quartiersmanagern in allen Teilen von Kyritz,
- * Einführung eines Bürgerhaushaltes.

Tourismus

- * Projekt Campingplatz umsetzen,
- * Inselnutzungskonzept für Touristen und Einheimische,
- * Ausbau und touristische Aufbereitung von Rad- und Wanderwegen.

Polizeiarbeit/Feuerwehr und DRK

- * aktive Unterstützung und Werbung für die Arbeit in der FFW Kyritz, in DRK und Wasserwacht in Schulen und Betrieben der Region.

Sport und Freizeit

- * Unterstützung und Aufwertung ehrenamtlicher Vereinsarbeit,
- * Verdoppelung des Zuschusses an Vereine und Ausweitung auf Vereine der Kleeblattkommunen,
- * Bau einer Schwimmhalle in Kooperation mit Kyritzer Unternehmen und Vereinen (Vereins-/Schul-/Bürgernutzung).

(mehr Informationen unter <http://www.kathrinboleslawsky.de/Start>)

Bundestagsreport

In Berlin geschehen merkwürdige Dinge

Eigentlich wäre zu berichten über sechs Wochen spannende Sommertour als Bundestagsabgeordnete, mit vielen Begegnungen, Erfahrungen und Eindrücken vor allem im Wahlkreis, aber auch darüber hinaus. Oder über zwei sehr wichtige Tage der Brandenburger Landesgruppe der LINKEN im Bundestag in der Lausitz.

Aber es gibt Momente im Leben einer Abgeordneten, in denen man nicht weiß, ob man lachen oder weinen soll, ob man in der Zeitschleife eines Alptraums festhängt, und wenn ja, ob man trotzdem aufwachen will, denn die Realität könnte vielleicht noch schlimmer sein. Diese Momente bringen den Zustand dieses Landes manchmal mehr auf den Punkt, als Berichte über die eigene intensive politische Arbeit, die gleichzeitig leider mit diesen Geschehnissen entwertet werden.

Probleme unserer Zeit lösen!

Solche Momente bot der September 2018 im bundespolitischen Berlin. Und sie alle sind bestens dazu geeignet, den Glauben daran endgültig zu verlieren, dass die sehr ernstesten Probleme unserer Zeit, dieses massive Auseinanderdriften in dieser Gesellschaft, gelöst werden, geschweige denn, dass diese schwarz-rote Koalition und ihre Bundesregierung dazu in der Lage wäre. Nicht nur, dass AfD und noch Schlimmere kräftig den Kitt des gesellschaftlichen Zusammenhalts aus den Ritzen kratzen, in dem sie Hass schüren gegen Wehrlose, vor allem - aber nicht nur - wenn sie woanders geboren sind, anders denken, glauben oder lieben. Nein,

sie scheinen mächtige und aktive Helfershelferinnen und -helfer zu haben, die mit Billigung oder gar aktiver Rückendeckung von ganz oben an den Wurzeln des Baumes mit Namen Demokratie sägen, obwohl sie doch auch auf seinen Ästen sitzen. Wie irre kann man denn eigentlich noch sein?

Alle Hemmungen verloren

Dass Seehofer, Söder und Co. unterdessen alle Hemmungen verloren haben, auf unser aller Kosten in bajuwarischen Wahlkampf-Bierzelten die Stammtische mit Falschnachrichten zu versorgen und damit aufzuheizen, ist ja entsetzlich genug. Und dass die Kanzlerin in der CSU-Geiselhaft verharrt, lässt tief blicken und auch nach der Wahl in München Böses ahnen. Aber was zur Hölle ist eigentlich in Andrea Nahles gefahren, dass sie allen Ernstes namens der SPD einem »Kompromiss« zustimmt, der zwar endlich den Chef des Bundesverfassungsschutzes nach einer endlosen Serie von Entgleisungen den Job kostet, um ihn gleichzeitig für noch mehr Geld mit neuen Ehren zum Staatssekretär im Dienste Seehofers zu machen? Es gibt nicht mal eine Droge, die eine solche Realitätsverdrängung erklären könnte. Wie tief muss die SPD moralisch und in den Umfragen eigentlich noch sinken, um wieder in der Welt anzukommen, in der dieses Land gerade wirklich lebt. Wie viele Denkkzettel müssen eigentlich noch verteilt werden?

Das Bittere daran ist, dass dies nur einer der Momente ist, in dem man in dieser

Zeit die Luft vor Fassungslosigkeit anhält. Leider sitzen wir gemeinsam auf diesem schwer angeschlagenen Baum Demokratie. Deshalb brauchen wir trotz alledem oder jetzt erst recht ein Bündnis gegen all jene, die bereits mit Äxten unterwegs sind. Denn vergessen wir nicht: auch die Weimarer Republik ist nicht an der Stärke der Faschisten gescheitert, sondern an der Schwäche der Demokratinnen und Demokraten.

Kirsten Tackmann, MdB

PS:

Wie wahr und realitätsnah die Sichtweise von Kirsten Tackmann auf die gegenwärtige Situation der SPD ist, zeigt nicht zuletzt der Austritt des ehemaligen Bürgermeisters von Oranienburg, Hans-Joachim Laesicke.

Er begründet seinen Austritt aus der SPD laut Ruppiner Anzeiger vom 2. Oktober 2018 wie folgt: »Die SPD hat leider zunehmend die Bodenhaftung verloren und verfolgt keine politischen Ziele mehr«. Das Fass zum Überlaufen habe der Fall Maaßen gebracht, wo er das Verhalten der SPD als »skandalös« bezeichnet und das für ihn »nur ein weiterer Beweis für diese Ignoranz und Selbstgefälligkeit der Parteibonzen« sei. Auch sei Laesicke nicht mehr gewillt, »in diesem miesen Trauerspiel weiter dabei zu sein«. Abschließend kommt er zu der Meinung: »Wenn heute der Koalitionsfrieden wichtiger ist als eine sozialdemokratische Überzeugung, dann habe ich in dieser Partei nichts mehr verloren«. Dem ist nichts hinzuzufügen.

hjm

Neue Sozialministerin in Brandenburg



Susanna Karawanskij Pressefoto

Diana Golze, die seit November 2014 Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Land Brandenburg war, übernahm am 28.08.2018 die politische Verantwortung für den Skandal um gestohlene und möglicherweise unwirksame Krebsmedikamente der Firma Lunapharm und trat als Gesundheitsministerin zurück.

Nun übernimmt Susanna Karawanskij das Gesundheitsressort. Die 38-jährige Politik- und Kulturwissenschaftlerin aus Sachsen saß von 2013 bis 2017 als Abgeordnete im Bundestag. Sie und der neue

Staatssekretär Andreas Büttner wollen die Aufklärung im Lunapharm-Skandal weiter voranbringen und die Empfehlungen der von Golze eingesetzten »Task-Force« zügig abarbeiten. In den nächsten Wochen wollen sie außerdem ihre Schwerpunkte für das letzte Jahr vor der Landtagswahl im Herbst 2019 vorlegen. An einigen Projekten von Diana Golze hält Karawanskij fest, so zum Beispiel am »Runden Tisch« zur Kinderarmut oder an der aus dem Brandenburger Sozialministerium gestartete Bundratsinitiative für Verbesserungen in der Pflege.

Anja Büchner, Kyritz

Kein neuer Landrat für OPR

Fortsetzung von Seite 1

Am Ende gab es im zweiten Wahlgang ein Patt, weshalb ein gezogenes Los über den neuen Landrat des Kreises OPR entschied. Nach der Ziehung stand fest, der alte Landrat würde auch der Neue sein. Auch das sieht die Kommunalverfassung für diesen Fall vor. Vielleicht ist es nicht die schönste Form der Demokratie, aber eben doch Teil von ihr. Natürlich werden wir dieses Ergebnis anerkennen und mit dem Landrat zusammenarbeiten, wo es geht, und ihn da kritisieren, wo es nötig ist.

Der von uns angestrebte Politikwechsel

ist nach wie vor unser Ziel. Wenn nicht durch einen personellen Wechsel, der stets mit Inhalten untermauert war, dann eben durch inhaltliche politische Arbeit.

Dass unsere Verhandlungen und Vereinbarungen schon erste Früchte getragen haben, zeigte sich schon bei der ersten Sitzung des Kreistages nach der Wahl des Landrates. Hier wurden durch die Fraktionen mehr Anträge gestellt, als in den letzten vier Sitzungen des Kreistages zusammengekommen.

Unter anderem wurde eine urlinke Forde-

rung beschlossen: die Gesundheitskarte für Geflüchtete kommt zum 1. Januar.

Das ist eine erfreuliche Entwicklung, und diese wird durch unsere Genossinnen und Genossen auch weiterhin begleitet. Wir stehen nach wie vor zu unserem Ansatz, mit allen Demokraten zu sprechen, denn wir wollen für ein Ostprignitz-Ruppin streiten, in dem die soziale Frage in den Mittelpunkt des politischen Handelns gestellt wird.

Paul Schmudlach

Kreisvorsitzender DIE LINKE. OPR

Ernährungsrat in Kyritz gegründet

Der Ernährungsrat (ER) Prignitz-Ruppin hat sich am 7. September in Kyritz gegründet. Rund 50 Akteurinnen und Akteure aus der Region kamen auf Einladung der Initiativgruppe zur Auftaktveranstaltung, um gemeinsam symbolisch das Gründungspapier zu unterzeichnen.

Der Ernährungsrat Prignitz-Ruppin will regionale Ernährungskreisläufe bewusst machen und die Wissensvermittlung in den Bereichen Ernährungsbildung, Nachhaltigkeit sowie das (Ernährungs-)Kreislaufverständnis fördern. Der Wert von Lebensmitteln soll herausgestellt

werden, ebenso die Bedeutung von fairen Preisen für landwirtschaftliche Produkte, sowohl aus unserer, als auch aus anderen Regionen der Welt. Generell soll die Gemeinschaftsversorgung (Schulen, Krankenhäuser, Altenpflege) hinsichtlich regionaler und biologischer Erzeugung verbessert werden.

Ein weiteres Ziel des ER ist es, auf eine Konsumveränderung in Richtung »regenerative Landwirtschaft« hinzuwirken. Die Förderung von ökologischen Anbaumethoden und die Stärkung kleinbäuerlicher Strukturen sind ebenfalls politische

Anliegen, die der Ernährungsrat Prignitz-Ruppin verfolgt.

Langfristig soll ein noch zu gründender Brandenburger Ernährungsrat überregionale und allgemeine Aufgaben wie Lobbyarbeit, überregionale Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Berliner Ernährungsrat, erfüllen. Dem offiziellen Gründungsakt des Ernährungsrates folgte die Verabredung für ein erstes Arbeitstreffen am 15.11.18 in Bluhm's Hotel in Kyritz (M.-Gorki-Str. 34). Interessierte sind herzlich eingeladen, mitzumachen.

Anja Büchner, Kyritz

Kurzmeldungen

Neuer Regionalvorstand

Am 11. September 2018 wählten die Mitglieder des Regionalverbandes Wittstock-Heiligengrabe für die nächsten zwei Jahre einen neuen Vorstand. Der 33-jährige Wittstocker Enrico Remter steht auch in Zukunft als Vorsitzender an der Spitze des Regionalverbandes. Dem Vorstand gehören außerdem Christian Niemann, Christian Richter, Kerstin Zillmann, Hagen Hoffmann, Wilhelm Reischel und Volker Lemke an.

Gemeinsamkeit gestärkt

Die Basisgruppe 14 der LINKEN. Neuruppin hat - neben den regelmäßigen Zusammenkünften - dieses Mal erst Mitte September ihr jährliches Sommerfest (schon eine gute Tradition) durchgeführt. Familie Schwarz in Braunsberg hatte es wieder in gewohnter Weise gut organisiert, sodass die teilnehmenden 13 Genossinnen und Genossen gemeinsam viel

Freude hatten. Neben guter Verpflegung kamen vor allem auch die politikerfüllten Gespräche nicht zu kurz. Basisgruppenvorsitzender Hans Schaefer machte

Ausführungen zur aktuellen Tagespolitik, sodass sicher alle neues Wissen und neue Erfahrungen mit nach Hause nehmen konnten.

ch-



Die Gedenkstunde zur Bodenreform am 2. September war keine große Versammlung, aber ein wichtiger jährlicher Termin für unseren Regionalverband. Maren, Ursula und Petra hatten sich liebevoll um die Dekoration gekümmert, die einen angenehmen Kontrast zu den Kränzen der Bodenreformgegner bildete, die dort am Tag zuvor abgelegt wurden.

Foto: Hartmut Buschke

Es darf sich nicht wiederholen!

Da schämt man sich, in Sachsen geboren zu sein

Als in Chemnitz der braune Mob durch die Straßen zog, gab es einen Aufschrei der Medien und der Regierenden. Dass es aber dafür Ursachen gibt, wurde bisher kaum diskutiert.

In der Nachwendezeit wurde insbesondere in Sachsen eine Politik der Ausgrenzung - gesteuert von Biedenkopf und seiner CDU - gegenüber allem und jedem, der in der DDR was war, betrieben. Dabei erhielten sie willkommene Unterstützung von Rechtsradikalen, Neonazis usw. sowie von Leuten, die einen Hass auf alles, was nach »DDR roch«, hatten.

Auf dem rechten Auge blind

Dass die CDU in Sachsen seit 1990 auf dem rechten Auge blind ist, zeigt sich noch heute, als der sächsische CDU-Ministerpräsident Kretschmer in seiner Regierungserklärung zu den Vorkommnissen in Chemnitz am 5. September im Landtag sagte: »Klar ist: Es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome«.

Da fragt sich der normal denkende Mensch, was das soll? Millionen Menschen habe die Videos von der rechten Demo und den Hetzjagden auf anders Aussehende gesehen. Selbst Kanzlerin Merkel sagte am 28.8.: »Wir haben Videoaufnahmen darüber, dass es Hetzjagden gab.« Nun sei es, wie es sei. Selbst wenn es keine belastbaren Belege für

die Hetzjagden geben sollte, so gibt es doch eindeutige Beweise dafür, wie sich AFD-Politiker (u.a. Höcke) mit braunen Rädelsführern verbündeten.

Sachsen und rechte Ausschreitungen

Wenn man sich die Geschichte des Freistaates Sachsen seit 1990 ansieht, so ziehen sich rechte Gewalt bzw. Vorkommnisse wie ein roter Faden hindurch. Man denke nur an Bautzen, Heidenau, Klausnitz oder Hoyerswerda. In all diesen Fällen hat die sächsische Polizei stets ziemlich defensiv oder kaum reagiert. Anstatt mit aller gebotenen Härte gegen den braunen Mob vorzugehen, hielt man sich zum Teil auffällig zurück. Aber wen wundert's, wenn in der sächsischen Polizei ein nicht geringer Anteil von PEGIDA-Anhängern tätig ist, wie ein Gewerkschaftsvertreter erklärte.

In Dresden können PEGIDA und andere ungestört demonstrieren, können Galgen mit Merkel und anderen führenden Politikern zeigen und die Polizei tut - nichts. Bei Demonstrationen von linken und anderen demokratischen Kräften werden körperliche Gewalt, Reizgas, Schlagstöcke und Wasserwerfer durch die Polizisten viel schneller zum Einsatz gebracht. Aber, wie oben schon gesagt. Wenn die Landespolitiker auf dem rechten Auge

blind sind, warum sollte es dann bei der Polizei anders sein?

Die Chemnitzer Landtagsabgeordneten der LINKEN Susanne Schaper, Klaus Bartl und Nico Brünel im sächsischen Landtag zu den Chemnitzer Ereignissen: »...Nicht einmal zwölf Stunden nach der Tat baut die Chemnitzer AfD samt ihrem Landtagsabgeordneten Carsten Hütter praktisch auf dem Tatort einen Infostand auf und benutzt den Toten für ihre fremdenfeindliche Agenda. Wenig später zieht ein Mob von 800 bis 1.000 gewaltbereiten Rechten durch die Chemnitzer Innenstadt. Kleinere Gruppen dieser Leute machen später in pogromartigen Szenen Jagd auf alle, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passen, und greifen massiv Polizeibeamte an.«

Sachsens Landesvorsitzende unserer Partei erklärte zu den Ereignissen:

»Das Sachsen ein Problem mit gefestigten rechten Strukturen hat, war vielen bewusst. Leider nicht allen. Aber bei der Staatsregierung und besonders bei der herrschenden CDU sollte die Dringlichkeit nunmehr ankommen: Das was in Chemnitz ... passierte, darf sich nicht wiederholen.«

Dem kann man nur voll und ganz zustimmen.

hjm

Kalenderblatt

1973: Putsch gegen die Unidad Popular in Chile

Am 11. September 1973, vor 45 Jahren, stürzte eine Offizierskamarilla die 1970 demokratisch gewählte Regierung der Unidad Popular (UP), ein Bündnis linker Parteien, und ihren Präsidenten Salvador Allende. Die durch demokratische Wahlen gewonnene Volksmacht stand - national wie international - vor unsagbar großen Herausforderungen. Unklare Visionen ihrer Initiatoren und anderes mehr begünstigten und provozierten die bürgerliche Opposition. Der politischen und vor allem ökonomischen Machtkonstellation war die Regierung auf Dauer nicht gewachsen. Sabotage und offene Gegenaktionen der rechten Kräfte führten zu einer schwierigen, krisenähnlichen Lage im Lande.

Der dann von reaktionären Militärs

initiierte Putsch war ein von den USA und ihrem Geheimdienst CIA langfristig konzipierter, sorgfältig vorbereiteter und von den chilenischen Streitkräften gegen das eigene Volk ausgeführter terroristischer Akt. Die damalige Regierung der USA um Präsident Nixon gab offen zu, dass das Ziel darin bestand, in ihrem Hinterhof Lateinamerika unter keinen Umständen ein Staats- oder Regierungssystem zuzulassen, welches einen sozialistischen Entwicklungsweg hätte eröffnen können.

Das chilenische Militär bombardierte und stürmte den Regierungspalast in Santiago, die Moneda. Präsident Allende fand dabei den Tod. Regierungsmitglieder, Funktionäre und Sympathisanten wurden überall im Lande gejagt, gefangen genommen und in die Kasernen und Gefängnisse verschleppt, gefoltert, viele von ihnen ermordet. ...

... Außer der DDR, die Jahrzehnte Handelsbeziehungen und seit zwei Jahren

diplomatische Beziehungen und eine Botschaft in Chile hatte, konnten die anderen sozialistischen Länder den Kampf der Chilenen zur Schaffung einer besseren Gesellschaftsordnung nicht unterstützen; aber alle unterbrachen wenige Tage nach der Machtübernahme durch das Militär die diplomatischen Beziehungen. ...

... Fragwürdig und charakteristisch bis heute bleibt die Haltung der Brandt/Scheel-Regierung der BRD, die ihren sozialistischen Genossen Allende nicht rechtzeitig gewarnt hatte, obwohl der Militärattaché bestens informiert war. Es wurde dem BRD-Botschafter nicht gestattet, schutzsuchende UP-Funktionäre aufzunehmen. Es verwundert nicht, dass es CDU-Politiker waren, die - noch vor vielen anderen - als erste nach Chile reisten, um der Militärjunta Reputation zu verschaffen und mit ihr künftige Wirtschaftsbeziehungen auszuloten. ...

*Rudolf Herz, Berlin
(redaktionell gekürzt, RotFuchs 10/18, S. 6)*

Wir waren dabei!

Das »wirsindmehr« Konzert gegen Hass und Ausgrenzung in Chemnitz

Die Stadt ist voll. Wir brauchten mehrere Ampelphasen, um auf den Parkplatz der Messe in Chemnitz zu gelangen. Am Eingang weist uns ein netter Mann - auf Sächsisch - ein und beschreibt, wie wir in die Innenstadt kommen. Wir fragen nach, verstehen dann so etwa, wo wir lang müssen. Vom Parkplatz sind es nur wenige Meter bis zur nächsten Straßenbahnhaltestelle. Hier wartet bereits eine große Gruppe junger Leute, offensichtlich alle mit dem selben Ziel: Das »wirsindmehr« Konzert in der Chemnitzer Innenstadt.

Die erste Tram hat keinen Platz mehr für uns. Auch die Nächste teilen wir uns wieder mit vielen jungen Menschen, die sich in der Zwischenzeit schon wieder am Bahnhof gesammelt haben. Die Fahrer sind nett und hilfsbereit und weisen die ortsunkundigen Besucher auf die richtige Haltestelle hin.

Dann kommen wir an der Johanniskirche an. Auf die Bühne können wir nicht gucken. Unzählige Menschen haben sich bereits auf dem Platz versammelt. Nach einer Weile finden wir einen Platz, an dem es uns zumindest möglich ist, auf die zwei großen Leinwände zu blicken. In der Ferne, hinter einem Baum, lässt sich eine Bühne erahnen.

Nach einer Schweigeminute und der Einstimmung durch die Organisatoren eröffnet Trettmann pünktlich als erster Act das Konzert. Der Sound ist gut, das Publikum bestens gelaunt, die Sicht miserabel. Macht nichts! Inmitten dieser unglaublichen Menschenmenge scheint es egal, wer da gerade vorne Musik macht. Menschen aller Altersgruppen, jeder sozialen Schicht und aus den verschiedensten (Sub-)Kul-

turen stehen um uns herum. Einige tragen Fahnen, andere Transparente. Ein paar stehen weiter hinten, haben die Hände in den Taschen und betrachten mit breitem Grinsen das bunte Treiben.

Monchi, der Sänger der Band »Feine Sahne Fischfilet« eröffnet jedes Lied mit thematischen Anekdoten. Darunter Lieder über Morddrohungen gegen politisch engagierte Menschen oder das Leben in der Provinz mit dem alltäglichen Kampf gegen Hass und Ausgrenzung.

Der Blick nach hinten offenbart eine komplett menschengefüllte Kreuzung, mitten in Chemnitz. Verkehr ist hier unmöglich. Einige klettern auf Laternen, Werbebanner oder Wartehäuschen. K.I.Z. tritt auf. Neben den politischen Radiohits der letzten Zeit spielen sie auch ältere Lieder. Später sollen diese als Hetze gegen das Konzert genutzt werden.

Initiator dieses Konzerts war die Band Kraftklub. Ihr Sänger, Felix Brummer, lebt selbst in Chemnitz und ist dort aufgewachsen. Er beschreibt das Gefühl über den großen Andrang zu diesem Konzert passend als »schön zu sehen, dass man nicht alleine ist.«

Auch Marteria findet klare Worte. Der Rostocker erzählt von persönlichen Erinnerungen an den Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992.

An einem Hochhaus prangt ein großes Banner mit der Aufschrift »Die Würde des Menschen ist antastbar. (27. August 2018)«. Auf den Balkonen daneben stehen überall Menschen mit Transparenten.

»Die Toten Hosen« bilden den Abschluss zu diesem geschichtsträchtigen

Konzert. Mit Gästen der Bands »Beatsteaks« und »Die Ärzte« bereiten sie dem Publikum zudem eine große Überraschung.

Wir machen uns auf den Heimweg. Vollgepackt mit Emotionen und Eindrücken, die sowohl zeigen, wie viele Menschen man motiviert bekommt, gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit einzustehen, als auch der bittere Beigeschmack der Notwendigkeit dieses Konzertes.

Gegen 01:30 Uhr morgens kommen wir wieder zu Hause an. In 5 Stunden klingelt der Wecker. Der Tag hat sich gelohnt!

Paul Kurzke, Rheinsberg



Das Aktionsbündnis »Fehrbellin bleibt bunt« erinnerte mit dem Verlegen von vier Stolpersteinen am 05.09.2018 vor deren früherem Wohnhaus an die jüdische Familie Nathan.

Foto: Monika Kerner

Aus der Vergangenheit lernen

Wir waren schon mal besser - und gesprächiger

Als im Jahre 1994 die PDS dank der vier in Berlin errungen Direktmandate mit 30 Abgeordneten in den Bundestag in Gruppenstärke einziehen konnte, wurde Gregor Gysi von Journalisten gefragt, worin er den Grund für den großen Zuspruch in Berlin sehe?

Darauf antwortete Gregor Gysi: »Wir sprechen mit den Leuten, nehmen ihre Sorgen und Ängste ernst und versuchen, politisch Änderungen vorzunehmen. Und diese Bemühungen honorieren die Menschen, indem sie uns ihr Vertrauen aussprechen.«

Diese Aussage von Gysi ist gegenwärtig in unserer politischen Arbeit aktueller denn je. Heute versuchen die Rattenfänger der AfD und andere, genau nach diesem Schema vorzugehen, wobei sie zwar angeblich zuhören, aber ihre vorgefertigte Meinung den Bürgern suggerieren. Dagegen können wir nur mit persönlichen Gesprächen, egal wo wir sind, vorgehen.

Wenn wir das verschlafen, besteht die Gefahr, dass wir bald überall sächsische Verhältnisse haben. *hjm*

Aufgelesen

Dämonkratie

Dämon der Autoindustrie-Gier herrscht nicht das Volk durch Stickoxide und Feinstaub Staub vorzeitiger Vergänglichkeit Gesundheitsschäden auch Täter: Bundespolitiker mit Auspuffgesinnung

Jürgen Riedel (Minden), Lyriker

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV. OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppiner

Sehenswerte Ausstellung

Eine Bürgermeisterin mit interessanten Bildern

Im Gutshaus Protzen sind seit dem 13. Oktober 2018 Bilder von Siegrid Stolz ausgestellt. Siegrid Stolz, bekannt im Kreis vor allem als langjährige Bürgermeisterin/Ortsvorsteherin in Wall, tritt hier mit einer ganz anderen Seite an die Öffentlichkeit.

Unter dem Motto »Quer Beet ... ist das Kunst oder kann das weg?« zeigt sie Bilder aus ihrem nun schon zehnjährigen Beschäftigen mit diesem Hobby. Das Motto sagt es schon, sie malt mit verschiedenen Techniken wie Öl, Pastell-



Der Wolf, ein Lieblingstier von Siegrid Stolz

Foto: Pixabay

kreide, Acryl u.a. Ihre Motive sind meist Tierporträts und Landschaften, aber auch Abstraktes. Sie arbeitet in einer Malgruppe in Kremmen mit und hat - neben ihrer umfangreichen Arbeit und ihrer Familie - viel Freude an dieser Freizeitbeschäftigung. Auch in anderen Orten hat sie bereits ausgestellt. Ihre Bilder sind einige Wochen zu den üblichen Öffnungszeiten oder nach Vereinbarung im Gutshaus Protzen zu besichtigen. Es lohnt unbedingt, diese Ausstellung anzusehen.

ch-

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Donnerstag, 11.10.18	Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppın lädt ein: Patienten- u. Betreuungsverfügung mit RA G. Klier 15.00 Uhr, Alt Ruppın - Gaststätte Seebad
Freitag, 12.10.18	Straßenfest Ab 14.00 Uhr, Kyritz - Kita Kunterbunt
Sonntag, 14.10.18	Stichwahl des Bürgermeisters in Wusterhausen
Dienstag, 23.10.18	Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 24.10./14.11.	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppın, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 01.11./06.12.	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 01.11./06.12.	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Sonntag, 04.11.18	Wahl der Bürgermeisterin in Kyritz
Montag, 05.11./26.11.	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppın, Schinkelstr. 13
Montag, 05.11./03.12.	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Freitag, 09.11.18	Gedenken Pogromnacht 17.00 Uhr, Wittstock - Rathaus/Markt, Jüdischer Friedhof
Dienstag, 13.11./11.12.	Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Rheinsberg-Lindow 19.00 Uhr, Rheinsberg - H.-Rau-Schule
Mittwoch, 21.11./12.12.	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppın 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppın, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 05.12.18	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Dienstag, 11.12.18	Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppın, Schinkelstr. 13
Freitag, 14.12.18	Weihnachtsfeier Regionalverband Wittstock-Heiligengrabe 19.00 Uhr, Wittstock - Wohnungsbaugenossenschaft

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10 - 12 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppın
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14 - 16 Uhr
Die. u. Do. 10 - 12 Uhr
Mi. 16 - 18 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10 - 12 Uhr
Do. 16 - 18 Uhr

Margitta Mächtıg, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08 - 15 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppın Kreisgeschäftsstelle Neuruppın
Schinkelstr. 13, Neuruppın
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10 - 13 und 14 - 16 Uhr
Samstag 09 - 13 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin Köning**
1. Montag des Monats 14 - 16 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Samstag 09 - 13 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10 - 12 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09 - 15.30 Uhr
Mi. 09 - 12.00 Uhr
Do. 12 - 15.00 Uhr